

Der Weg zum Deutschen Reich

Oktober/November 1870

Der preußische Ministerpräsident und Kanzler des Norddeutschen Bundes Otto Graf von Bismarck verhandelt in Versailles mit den Ministern der süddeutschen Staaten über den Beitritt ihrer Länder zum Norddeutschen Bund, d.h. über die Gründung des Deutschen Reiches.

Der Norddeutsche Bund, der Zusammenschluss der norddeutschen Staaten unter preußische Führung, galt bereits bei seiner Gründung (1.7.1867) als eine Vorstufe zur deutschen Einheit. Der preußische Sieg bei Sedan (2.9.1870) im Deutsch-Französischen Krieg brach den Widerstand des Auslands, vor allem Frankreichs, gegen die Schaffung eines deutschen Reichs und verstärkte in Deutschland das Nationalgefühl, so dass Bismarck nunmehr Preußens machtpolitische Ziele, nämlich die Schaffung eines starken, einheitlichen Reiches unter preußischer Führung, durchsetzen kann.

In zähen, mit den einzelnen Staatsministern getrennt geführten Verhandlungen erlangt Bismarck die Zustimmung der süddeutschen Fürsten zum Eintritt in den Norddeutschen Bund. Vor allem Bayern zeigte Vorbehalte: Der bayerische König Ludwig II. schlägt vor, einen Doppelbund zu gründen, an dessen Spitze er und der preußische König treten sollten, oder einen Bund mit wechselndem Vorsitz. Bismarck taktiert gegenüber Bayern. Er kündigt an, Bayern bei Nichtzustimmung aus dem [Zollverein](#) auszuschließen und damit wirtschaftlich zu isolieren, gesteht Bayern aber gleichzeitig Sonderrechte zu.

Bayern erhält sechs Stimmen im Bundesrat (Preußen verfügt über 17 Stimmen) und die Vizepräsidentschaft, es behält eine eigene Post- und Eisenbahnverwaltung, verfügt in Friedenszeit über ein unabhängiges Heer und erlangt das Recht, bei Friedensverhandlungen gesondert vertreten zu sein. Darüber hinaus bekommt König Ludwig II. von Bayern finanzielle Unterstützung.

Wilhelm I. wird Deutscher Kaiser

18. Januar 1871

In einer festlichen Zeremonie wird im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles der preußische König Wilhelm I. von den deutschen Fürsten zum Deutschen Kaiser proklamiert (Bekannt gegeben). Mit diesem feierlichen Staatsakt im besiegten Feindesland wird der deutsche Nationalstaat – der langgehegte Traum der liberalen bürgerlichen Bewegung – Wirklichkeit. So stark die symbolträchtige Zeremonie auch nationale Begeisterungstürme entfacht, so bleibt es doch, wie Otto von Bismarck formuliert: „Eine schwere Kaisergeburt“, denn bis zuletzt hatte sich Wilhelm I. geweigert, den Titel „Deutscher Kaiser“ anzunehmen. Weil der Titel nichts weiter als ein Name sei, wollte er lieber „Kaiser von Deutschland“ statt „Deutscher Kaiser“ sein. Genau ein Jahr später wird Berlin, die Residenz der Könige, Hauptstadt des neugegründeten Deutschen Reiches.

Erste Wahl zum Reichstag

3. März 1871

Bei den Wahlen zum ersten deutschen Reichstag werden die Nationalliberalen stärkste Fraktion. Sie erhalten 30,2% der Stimmen und 125 Mandate. Mit weitem Abstand folgt das Zentrum, das auf Anhieb 61 Sitze (18,7%) erreicht. Die Wahlen sind geprägt vom Sieg über Frankreich und von der wachsenden nationalen Begeisterung.

Zum ersten Male wird nach dem allgemeinen, gleichen, und geheimen Wahlrecht gewählt. Das Wahlalter beträgt 25 Jahre. Wahlberechtigt sind 7,65 Millionen Einwohner (19,4 % der Bevölkerung). Die Wahlbeteiligung liegt bei 52%.

Von den 382 Abgeordneten des ersten Reichstags bekennen sich 202 politisch zum Liberalismus. Die Nationalliberalen unterstützen die von Reichskanzler Otto von Bismarck geführte Politik der Reichseinigung, die sie als Sieg der Nationalstaatsidee ansehen. Stärker auf Distanz gegenüber der Politik Bismarcks geht das Zentrum, die Partei des politischen Katholizismus. Sie bekämpft den Zentralismus der Liberalen, fürchtet die Überfremdung des Katholizismus und bangt um den Verlust der konfessionellen Sonderrechte.

Die Konservativen sind die Verlierer der Wahl. Sie fürchten, Preußen könne seine traditionellen Eigenständigkeit im Deutschen Reich nicht bewahren und stehen der Reichsgründung daher skeptisch gegenüber.

Deutsch-Französischer Friedensvertrag

Am 10. Mai 1871 wird der Deutsch-Französische Friedensvertrag unterzeichnet. Das besiegte Frankreich muss Elsaß-Lothringen an Deutschland abtreten und zusätzlich 5-Milliarden Francs als Kriegsentschädigung zahlen. Von diesem Geld wurden 1,4 Milliarden Mark unter anderem für den Bau des Reichstagsgebäudes und den Ausbau des Eisenbahnnetzes in Elsaß-Lothringen eingesetzt. 2,6 Milliarden Mark wurden den einzelnen deutschen Staaten gemessen an ihrer Kriegsbeteiligung zur Verfügung gestellt und dienten vor allem zur Schuldentilgung. Dadurch wurde in größerem Umfang Kapital freigesetzt, was zur Gründung von Aktiengesellschaften führte. Später (1873) kommt es infolge von Zahlungsschwierigkeiten zahlreicher dieser Aktiengesellschaften zu einem Börsenkrach in Berlin.

Die Währung des Deutschen Reiches

Am 4. Dezember 1871 wird die neue Währung des deutschen Reiches per Gesetz vereinheitlicht. Statt der vielen verschiedenen Währungseinheiten der einzelnen Länder tritt die Goldmark zu 100 Pfennig als neue Rechnungseinheit.

Als Goldmünze wird das Zehnmarkstück mit der Bezeichnung Krone eingeführt. Daneben werden Doppelkronen und halbe Kronen herausgebracht. Zusätzlich werden Silbermünzen von 20 Pfennig bis 5 Mark, Nickelmünzen von 5 und 10 Pfennig sowie Kupfermünzen zu ein und zwei Pfennig in Umlauf gebracht.

Drei-Kaiser-Abkommen

Am 22. Oktober 1873 tritt Kaiser Wilhelm I. durch eine Akzessionsakte¹ dem Abkommen zwischen Kaiser Franz Joseph von Österreich und Zar Alexander II. von Russland bei. Es wird so zum Drei-Kaiser-Abkommen erweitert. Kaiser Wilhelm I. weicht damit der Entscheidung aus, sich nur mit einem der beiden Länder verbünden zu müssen. Bei einem einseitigen Bund mit Österreich hätte die Gefahr eines russisch-französischen Gegenbundes bestanden, ein Vertrag mit dem Zaren hätte Deutschland in eine Abhängigkeit von Russland gebracht, die Wilhelm I. vermeiden will.

¹ **Akzession** w (lat.) vertraglicher Beitritt zu einem bestehenden Staatsvertrag

Kanzlerkrise und Kurskorrektur

Im März 1877 kommt es zwischen Kaiser Wilhelm I. und seinem Reichskanzler Otto von Bismarck wegen der Affäre um den General Albert von Stosch zu ernsthaften Meinungsverschiedenheiten. Bismarck, der sogar mit Rücktritt droht, falls Stosch nicht entlassen wird, kann sich jedoch nicht durchsetzen und tritt verärgert einen längeren Urlaub an (bis Februar 1878). Die Affäre weitet sich zur Kanzlerkrise aus: Albert von Stosch, Chef der kaiserlichen Admiralität und preußische Staatsminister, gilt als enger Vertrauter des Kronprinzen Friedrich III., Wilhelm und seiner Frau Victoria. Der Kronprinz, seit dem preußischen Verfassungskonflikt ein (→ 24.9.1862) entschiedener Gegner der Bismarckschen Innenpolitik, favorisiert den General als möglichen Nachfolger Bismarcks im Kanzleramt. Bismarck, der angesichts des hohen Alters Wilhelm I. – der Kaiser wird am 22. März 80 Jahre alt – einen Thronwechsel in absehbarer Zeit nicht ausschließen und damit seine eigene Stellung anfällig sieht, versucht General von Stosch in aller Öffentlichkeit zu diskreditieren². Er sei, so Bismarck, ein „Intrigant und Spion, welcher im Ministerrat nicht den Mund öffne, dann aber beim Kronprinzen und bei Sr. Majestät klatsche“. Stoschs sofortiges Rücktrittangebot nimmt Wilhelm I. nicht an. Der Kanzler ist damit beim Kaiser gescheitert und tritt – freiwillig-gezwungen – einen längeren Urlaub an. Die Kanzlerkrise spiegelt die sich verschärfenden Spannungen zwischen Liberalen und Reichskanzler. Bei den Auseinandersetzungen geht es im wesentlichen um die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Reiches. Während die Nationalliberalen weiterhin für den Freihandel eintreten, wenden sich Bismarck und zunehmend der konservativen Schutzzollpolitik zu. Begonnen hat die Auseinandersetzung mit der Entlassung des freihändlerisch gesonnenen Rudolf von Delbrück als Präsident des Reichskanzleramtes. Bismarck, der hofft, durch eine Kurskorrektur zur Schutzzollpolitik die Finanznot des Reiches durch Steuermehreinnahmen beheben zu können, sieht sich angesichts des Wahlergebnisses zum dritten Reichstag (→ 10.1) in seinen Ansichten bestärkt.

Bismarck als ehrlicher Makler

Am 13. Juli 1878 geht nach vierwöchiger Dauer der Kongress europäischer Staatsmänner in Berlin zu Ende. Er wurde hervorgerufen durch den russisch-türkischen Krieg (1877) und die dadurch entstandene Orientkrise. Ergebnis des Berliner Kongresses ist die friedliche Lösung der Balkanfrage zwischen Großbritannien, Russland, und Österreich-Ungarn. Reichskanzler Otto von Bismarck, der als Gastgeber die Rolle des ehrlichen Maklers übernimmt und zwischen den streitenden Parteien vermittelt, und zwar ohne selber Forderungen für das Deutsche Reich anzumelden, kann folgende Ergebnisse vorweisen: Russland, der Sieger des russisch-türkischen Krieges vom Sommer 1877, muss aus ein großbulgarisches Reich mit Zugang zum Mittelmeer verzichten, dafür erhält es Bessarabien und Teile Armeniens. Die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn erhält als Gegengewicht auf dem Balkan das Recht zur Verwaltung der ehemals osmanischen Gebiete Bosnien und Herzegowina. Rumänien, Serbien, und Montenegro werden selbstständige Fürstentümer. Großbritannien, das um seine Stellung im Mittelmeer fürchtet, sichert sich Zypern als Militärstützpunkt. Mit diesem Ergebnis wird der russische Diktatfriede von San Stefano vom 3. März, der den russisch-türkischen Krieg beendete, hinfällig und zu Ungunsten Russland korrigiert. Dies führt während des Kongresses zu Spannungen mit der russischen Delegation,

² **diskreditieren** (lat.) In Misskredit bringen, verdächtigen

wiewohl deren Leiter, Pjotr Andrejewitsch Graf Schuwalow, Bismarcks Haltung auf dem Kongress als russlandfreundlich bezeichnet.

Die Konferenz, die auf Betreiben des österreich-ungarischen Außenministers Gyula Graf Andrassy zustande kam, wurde notwendig, nachdem die russische Friedensbedingungen – Schaffung eines Zaren abhängigen großbulgarischen Reiches auf Kosten der Türkei – vorzeitig bekannt geworden war. Diesem Ansinnen hatten sich Österreich-Ungarn und vor allem Großbritannien energisch widersetzt, die Briten entsandten sogar eine Flotte in Marmara-Meer, um ihre Interessen auf dem Balkan zu demonstrieren. Bismarck, der mit der Ausrichtung der Konferenz den Höhepunkt seiner⁴ außenpolitischen Macht erreicht, nutzt den Kongress, um Friedenswillen und Selbstbeschränkung des Deutschen Reiches – sieben Jahre nach der Reichsgründung – zu demonstrieren. Das Reich, so Bismarck, sei saturiert³ und habe keinerlei expansionistische Bedürfnisse mehr.

Entsprechend den außenpolitischen Maximen⁴ Bismarcks wünscht er ein „politische Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen, und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden“.

Die tieferen Ursachen des russisch-türkischen Kriegs vom Sommer 1877 sind in der Orientkrise zu suchen, die seit 1875 den Balkan erschüttert. Damals erhoben sich Bosniaken und Herzegowiner gegen die osmanische Herrschaft, was zum Krieg der Balkanvölker gegen das Osmanische Reich führte. Das zaristische Russland griff, als Schild aller Slawen unter der Fahne des Panslawismus und der orthodoxen Kirche, die mit der Niederlage des Osmanischen Reiches endeten.

Deutsch-österreichischer Zweibund

Am 7. Oktober 1879 schließen Deutschland und Österreich-Ungarn nach der Verstimmung Russlands über die Ergebnisse des Berliner Kongresses ein geheimes Abkommen, in dem sie sich zu gegenseitigem Beistand bei einem Angriff Russlands verpflichten. Hintergrund für das Defensivbündnis sind Befürchtungen, dass es aufgrund der russisch-österreichischen Rivalitäten auf dem Balkan zu einem Angriff des Zarenreiches auf die Donaumonarchie kommen könnte, und die Annahme, Russland würde Frankreich bei einem Angriff auf das Deutsche Reich unterstützen. Am 7. 10. 1882 schließt sich Italien dem Zweibund an. Dieser nennt sich dementsprechend nun Dreibund.

Frankreich isoliert

Am 18. Juni 1881 schließen der deutsche Kaiser Wilhelm I., Kaiser Franz Joseph von Österreich-Ungarn und Zar Alexander III. von Russland den Drei-Kaiser-Vertrag, ein geheimes Abkommen, in dem sie sich gegenseitig im Falle eines Krieges wohlwollende Neutralität zusichern. Bei einem Krieg gegen die Türkei soll die Neutralitätspflicht nur zum Tragen kommen, wenn sich die drei Mächte zuvor über die Kriegsziele geeinigt haben. Die Vertragspartner erkennen außerdem die russische Auffassung an, nach der die Türkei verpflichtet ist, die Meerengen zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer gegenüber fremden Mächten zu schließen. Deutschland und Österreich-Ungarn erklären in einem Zusatzprotokoll ihre Bereitschaft, nichts gegen eine Vereinigung Bulgariens und Ostrumeliens zu unternehmen. Der Vertrag schützt Deutschland vor einem Zweifrontenkrieg,

³ **saturiert** (lat) zufriedengestellt gesättigt

⁴ **Maxime** (lat) leitender Grundsatz

falls es zu Kriegshandlungen zwischen Deutschland und Frankreich kommen sollte. Der Vertrag kann allerdings die österreichisch-russischen Rivalitäten nicht mildern.

Deutsche Kolonisation beginnt

28. März 1884

Der 27-jährige Historiker und Geograph Carl Peters gründet gemeinsam mit Graf Felix Behr-Bandelin in Berlin die Gesellschaft für deutsche Kolonisation als Kapitalistengruppe zur Annexion⁵ und später zur Verwaltung möglichst großer Kolonialländer unter deutscher Flagge. Mit der Gründung dieser Gesellschaft kann Peters sein Projekt Deutsch-Ostafrika, das er bereits im Winter 1883/1884 entwickelt hat, finanziell absichern und eine Expedition nach Ostafrika planen.

24. April

Reichskanzler Otto von Bismarck stellt die deutschen Siedlungen in Südwestafrika unter den Schutz des Deutschen Reiches und schafft damit die erste deutsche Kolonie. Bereits 1883 hatte der Bremer Kaufmann Adolf Lüderitz in Südwestafrika die Bucht Angra Pequena und ihr Hinterland für 100 Pfund Sterling und Gold und 200 Gewehre von den Hottentotten erworben. Lüderitz versuchte, für diese Besitzungen den Schutz des Reiches zu erhalten. Dieser Schutz sollte jedoch nur gewährt werden, sofern keine Besitzansprüche der einheimischen Bevölkerung oder der benachbarten Briten geltend gemacht würden. Nachdem die Briten auf eine Ausdehnung ihres Gebietes verzichtet haben, stellt Bismarck die Besitzungen von Lüderitz unter den Schutz des Deutschen Reiches.

5. Juli

Gustav Nachtigal, Generalkonsul des Deutschen Reiches in Tunis, schließt einen Vertrag mit dem König von Togo, in dem dieser um den Schutz des Deutschen Reiches bittet.

14. Juli

Kamerun wird zum Schutzgebiet des Deutschen Reiches erklärt, nachdem Gustav Nachtigal mit den einheimischen Königen einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen hat. Zwar protestieren die Briten dagegen, der Wettlauf um diese Kolonie ist jedoch für sie verloren.

Bismarcks Diplomatie

Am 18. Juni 1887 schließen nach rund fünfmonatigen Verhandlungen Reichskanzler Otto von Bismarck und der Russische Botschafter, Paul Graf Schuwalow, in Berlin den geheimen Rückversicherungsvertrag, in dem sich beide Mächte im Kriegsfall der wohlwollenden Neutralität versichern.

Der Vertrag, der zunächst für drei Jahre gilt, besteht aus zwei Teilen:

- Der Hauptvertrag besitzt defensiven Charakter. Er erneuert den Inhalt des Drei-Kaiser-Vertrages von 1881, formuliert jedoch die Neutralitätsverpflichtungen schärfer. Beide Vertragspartner verpflichten sich jeweils zur Neutralität, falls Russland von Österreich-Ungarn bzw. Deutschland von Frankreich angegriffen wird
- Das ganz geheime Zusatzprotokoll besitzt dagegen offensiven Charakter. Deutschland erkennt die russischen Interessen auf dem Balkan (Bulgarienfrage) an. Die Reichsregierung sichert Russland darüber hinaus diplomatische Unterstützung in der Frage der Meerengen zu (Gewinnung der Dardanellen und Konstantinopel).

Der Vertrag soll ein Bündnis Russlands mit Frankreich verhindern. Bismarcks Außenpolitik nach der Reichsgründung von 1871 geht davon aus, dass Deutschland saturiert ist und nur

⁵ **Annexion** (lat.) gewaltsame Einverleibung eines ausländischen Gebietsteiles

mehr politisch Erreichtes sichern will. Bismarcks Bündnisverträge dienen ausschließlich der Verhinderung von Kriegen. Der dauernde politische Gegensatz zu Frankreich wegen Elsaß-Lothringen zwingt Deutschland dazu, Frankreich außenpolitisch zu isolieren. Zwei Wege sind grundsätzlich möglich: Der Westorientierung (Anlehnung an Großbritannien) räumt Bismarck wenig Chancen ein. Die Ostorientierung ist nur mit Russland und Österreich-Ungarn gemeinsam möglich. Deren Gegensätze in der Balkanpolitik erfordern jedoch ein ständiges Ausbalancieren der deutschen Politik. Der Rückversicherungsvertrag ist der letzte Baustein in Bismarcks Bündnissystem.

(Am 17. Oktober 1887 stirbt der uns allen bekannte Physiker Gustav Robert Kirchhoff)

Kaiser ist tot

Das Jahr 1888 wird für Deutschland zum Drei-Kaiser-Jahr: Nach dem Tod des 91-jährigen Königs von Preußen und Deutschem Kaiser Wilhelm I. am 9. März besteigt sein 57-jähriger schwerkranker Sohn als Friedrich III. den Thron. Er regiert jedoch nur 99 Tage. Nach seinem Tod an Kehlkopfkrebs am 15. Juni wird sein 29-jähriger Sohn als Wilhelm II. König und Kaiser.

Nach dem Tod Wilhelm I. wird Friedrich III., von dem man eine liberale Regierung erhoffte bzw. befürchtet, sein Nachfolger. Durch seine Ansichten befindet sich Friedrich III. im Gegensatz zu seinem Vater und vor allem zu Bismarck, der um seine Stellung als Reichskanzler fürchtet. Weil jedoch Friedrich III. aufgrund seiner Krankheit nur kurze Zeit im Amt ist, kommt es dort zu keinem Wechsel. Zwar wird der konservative Innenminister Robert Robert Viktor von Puttkamer entlassen, Bismarck aber behält seine Position. Mit Wilhelm II. besteigt zunächst ein Befürworter der Politik Bismarcks den Thron. Der junge Herrscher hat jedoch eigenwillige Vorstellungen vom Regieren.

Bismarck reicht Rücktritt ein

Am 20. März 1890 nimmt der deutsche Kaiser Wilhelm II. den Rücktrittsgesuch des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten Otto Fürst von Bismarck an, das dieser am 18. März des Jahres eingereicht hat. Bismarcks Nachfolger wird Genarl Leo Graf Caprivi. Dem Rücktritt gingen längere Auseinandersetzungen des Kaisers mit seinem Kanzler voraus. Wilhelm II. war nicht bereit Bismarck in den Regierungsgeschäften den Spielraum zu belassen, den Kaiser Wilhelm I. dem Kanzler gewährt hatte, sondern strebte nach persönlichem Regiment.

Bismarck begründete seinen Rücktritt offiziell damit, dass er seine Außenpolitik nicht mehr kontinuierlich fortführen könne. Wilhelm II. warf dem Kanzler vor, er habe ihm in außenpolitischen Fragen nicht hinreichend Bericht erstattet. Den Anlass für diesen Vorwurf lieferten Berichte des deutschen Konsuls in Kiew, die der Kanzler dem Kaiser nicht vorgelegt hatte.

Viel bedeutsamer jedoch waren Bismarcks innenpolitische Auseinandersetzungen mit dem Kaiser. Die ersten Zusammenstöße gab es bereits vor Wilhelms Regierungsantritt. Ende 1887 ermahnte Bismarck den damaligen Kronprinzen, sich politisch zurückzuhalten. Ebenso in einem Brief vom 9. Mai 1888, nachdem sich Wilhelm kritisch zur deutschen Russlandpolitik geäußert hatte. Zum offenen Konflikt kam es 1890 um die soziale Frage. Im Mai 1889 waren Bergarbeiter im Ruhrgebiet in einen Streik getreten. Wilhelm II. hatte daraufhin ein sozialpolitisches Programm ausgearbeitet, in dem er Arbeitsschutz, Beschränkung der Frauen-

und Kinderarbeit in Aussicht stellte. Er gab dieses Programm gegen Bismarcks Widerstand als Februarerlasse bekannt. Bei der Reichtagswahl vom 20. Februar 1890 verlor Bismarck die parlamentarische Mehrheit, die Kartellparteien konnten nur 138 von ihren 220 Mandaten behaupten.

Ihren Höhepunkt erreichte die Kanzlerkrise, als Wilhelm II. im März 1890 die Aufhebung der Kabinettsorder vom 8. September 1852 verlangte, die vorschreibt, dass die Ministerpräsidenten zu informieren haben, bevor sie dem König über allgemeine Fragen der Politik des Ministeriums Vortrag halten. Diese Ordnung wurde seit langem nicht mehr beachtet, Bismarck wies seine Minister auf den Erlass hin, um die Gesamtpolitik in der Hand zu behalten. Der Kaiser aber bestand darauf, frei mit den Ministern verkehren zu können und verlangte, dass die Beschränkung seiner Macht aufgehoben wurde.

Deutsche Wirtschaft stagniert⁶

1893

Die Wirtschaft des Deutschen Reiches ist von einer Depression betroffen. Zwar steigt die industrielle Produktion in einigen Betrieben noch langsam an, doch die Überproduktion der vergangenen Jahre führt zu einem Preisverfall bei Produktions- und Konsumgütern. Die Produktion von Roheisen ist zwar zwischen 1891 und 1893 von 4,64 auf 4,93 Millionen Tonnen gestiegen, doch im Vergleich mit dem Wachstum der Bevölkerung bedeutet dies einen realen Rückgang. Bei den Großhandelspreisen für Industrieprodukte ist eine rückläufige Tendenz bemerkbar: Eine Tonne Roheisen, für die in Dortmund 1890 noch 79,80 Mark bezahlt werden musste, ist 1893 für 52 Mark zu haben, für eine Tonne Steinkohle ist der Preis im selben Zeitraum von 12,90 Mark auf 8,20 Mark gesunken. Die Preise für Importwaren sind ebenfalls gefallen: Wurde 1890 für 100 kg Brasil-Rohtabak in Hamburg noch 126,70 Mark verlangt, sind es nunmehr 87,90 Mark. Baumwolle aus New Orleans kostet statt 115,10 Mark nur noch 88,30 pro 100 kg. Bei den Marktpreisen für Lebensmittel ist die Preisentwicklung uneinheitlich. In Königsberg, das mit seinen Lebenshaltungskosten etwa in der Mitte der deutschen Großstädte liegt, ist zwar der Preis für Kartoffeln und Roggenmehl zwischen 1891 und 1893 um rund 30% gefallen, Butter und Rindfleisch im gleichen Zeitraum jedoch um 2,5 bzw. 6% teurer geworden. Der durch die Überproduktion eingetretene Preisverfall hat in vielen Bereichen der Wirtschaft Entlassungen zur Folge. Das Volkseinkommen, das seit 1881 ständig gestiegen ist, stagniert nun.

Auswirkungen der Wirtschaftskrise

Die schwere Wirtschaftskrise hat gravierende Auswirkungen auf die Lage der Bevölkerung. Ein Drittel der Arbeiter ist arbeitslos oder verdient weniger als das Existenzminimum. Die Löhne sind niedrig; pro Woche werden zwischen 9 und 24 Mark gezahlt, Frauen verdienen zwischen 3 und 12 Mark. Dazu kommt, dass gerade ungelernte Arbeiter häufig entlassen werden, mehrmals im Jahr einen neuen Arbeitsplatz suchen müssen und durchschnittlich weniger als 250 Tage im Jahr Arbeit haben. Der Verdienst eines Arbeiters reicht nicht aus, um eine Familie zu ernähren, die Frau und die größeren Kinder müssen mitarbeiten. Viele sind vollkommen ins Elend geraten. In Berlin übernachteten über 400 000 Männer in Obdachlosenasylen, es gibt zahlreiche Bettler, von denen ein großer Teil Kinder sind. Die Familien versuchen dem Elend durch sparsames Wirtschaften zu begegnen. Fleisch ist teuer, darum holen sich viele Frauen Abfälle vom Schlachthof oder kaufen Freibankfleisch, das von

⁶ **stagnieren** (lat.) stehen bleiben, stocken

Notschlachtungen stammt und nicht ganz einwandfrei, aber noch gerade für den menschlichen Verzehr geeignet ist. Wenn die Familie einen Garten besitzt, kann sie einiges selbst anbauen, vor allem Kartoffeln, und das Budget dadurch entlasten. Das ist in städtischen Mietskasernen allerdings nicht möglich. Hier leben die Bewohner dicht gedrängt in engen, überfüllten Zimmern, die teilweise feucht und nicht heizbar sind. Die hygienischen Verhältnisse sind schlecht, Seuchen breiten sich aus.

Aufstand der „Boxer“ in China

Juni bis Oktober 1900. Die Ermordung von Klemens Freiherr von Ketteler, des deutschen Gesandten in Peking, am 20. Juni, die in Verbindung mit dem Boxeraufstand steht, führt zur Entsendung eines deutschen Expeditionskorps nach China. Der Aufstand richtet sich gegen den Einfluss der europäischen Kolonialmächte in China. Deutschland, Russland, Großbritannien, Frankreich und Japan verfolgen in China imperialistische Ziele. Der Aufstand geht von einem chinesischen Geheimbund aus, der „Gesellschaft für Rechtlichkeit und Eintracht“, der ursprünglich antidynastische Ziele verfolgte, sich aber zunehmend gegen die Ausländer wendet. Die Mitglieder des Geheimbundes werden von Briten als „Boxer“ bezeichnet, weil sie scharfe militärische Übungen „Boxerdrill“ abhalten. Seit dem 12. Juni belagern die Aufständischen die europäischen Gesandtschaften in Peking. Am 20. Juni wird der deutsche Gesandte Freiherr von Ketteler auf dem Weg in Außenministerium ermordet. Weil die Truppenstärke der in Ostasien stationierten Kriegsschiffe der Europäer nicht ausreicht, um gegen die Aufständischen vorzugehen, entsenden die Europäer Amerikaner und Japaner Militär nach China. Bei der Verabschiedung des deutschen Expeditionskorps in Bremerhaven am 27. Juli hält Kaiser Wilhelm II eine forschende, von Diplomatie ungetrübte Rede an die Soldaten, in der er ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die Rebellen verlangt: *„Große überseeische Aufgaben sind es, die dem neu entstandenen Deutschen Reiche zugefallen sind, Aufgaben weit größer, als viele meiner Landsleute es erwartet haben. Das Deutsche Reich hat seinem Charakter nach die Verpflichtung, seinen Bürgern, sofern diese im Ausland bedrängt werden, beizustehen. Die Aufgabe, die das alte Römische Reich Deutscher Nation nicht hat lösen können. Das Mittel, das ihm dies ermöglicht, ist unser Herr... Eine große Aufgabe harret eurer: ihr sollt das große Unrecht, das geschehen ist, sühnen. Die Chinesen haben das Völkerrecht umgeworfen, sie haben in einer in der Weltgeschichte nicht erhörten Weise der Heiligkeit des Gesandten, der Pflicht des Gastrechts Hohn gesprochen... Bewahrt die alte preußische Tüchtigkeit, zeigt euch als Christen im freudigen Ertragen eurer Leiden, mögen Ehre und Ruhm eure Fahnen und Waffen folgen, gebt an Manneszucht und Disziplin aller Welt ein Beispiel. Ihr wisst es wohl, ihr sollt fechten gegen einen verschlagenen, tapferen, gut bewaffneten, grausamen Feind. Kommt ihr an ihn, so wisst: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht. Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter König Etzel sich einen Namen gemacht haben, der sie noch jetzt in Überlieferungen und Märchen gewaltig erscheinen lässt, so muss der Name Deutscher in China auf tausend Jahre durch euch in einer Weise bestätigt werden, dass niemals wieder ein Chinese es wagt einen Deutschen auch nur scheel anzusehen. Wahrt Manneszucht, der Segen Gottes sei mit euch, die Gebete eines ganzen Volkes, meine Wünsche begleiten euch, jeden einzelnen. Öffnet der Kultur den Weg ein für allemal!“* Den Oberbefehl über die internationale Interventionsarmee⁷ erhält der Generalfeldmarschall Albert Graf von Waldersee. Er trifft jedoch erst in China ein, als die entscheidenden Kämpfe gegen die Rebellen bereits stattgefunden haben und Peking wieder von Kolonialmächten besetzt ist. Der Boxeraufstand führt zu internationalen Verwicklungen, weil die europäischen

⁷ **Intervention** Eingreifen, Einmischen

Großmächte ihre Einflusssphären in China neu abgrenzen wollen. Russland benutzt den Aufstand, um seine Stellung in der Mandschurei auszubauen, und zeigt expansive Ambitionen. Großbritannien sieht dadurch seine Handelsinteresse in China bedroht. Deutschland, Frankreich und Russland streben danach, eine Ausweitung des britischen Einflusses zu verhindern. Deutschland verfolgt das Ziel, das Gebiet um den Jangtsekiang zu neutralisieren. Am 10. Oktober schließen Deutschland und Großbritannien den Jangtse-Vertrag, in dem sie für ihre jeweiligen Einflusssphären den „Grundsatz der offenen Tür“, des unbehinderten Handels für alle Nationen, vereinbaren und auf weitere territoriale Vorteile in China verzichten. Sollten andere Mächte territoriale Ansprüche erheben, wollen sich Deutschland und Großbritannien über ein gemeinsames Vorgehen verständigen.

Der Regierungsstil von Wilhelm II.

Schon bald nach dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelm II. Am 15. Juni 1888 sprechen Zeitgenossen von einem „persönlichen Regiment“ des Kaisers in der deutschen Politik. Der Vorwurf wird laut, er setze sich über die verfassungsmäßigen Schranken hinweg, regiere gegen die Minister und wolle sein eigener Kanzler sein. Der jeder parlamentarischen Kontrolle entzogene König und Kaiser besitzt eigenwillige und sehr persönliche Vorstellungen vom Regierungsstil eines Monarchen im weitgehend konstitutionellen⁸ Zeitalter. Wilhelm II. betreibt eigenmächtig und selbstherrlich Außen- und Innenpolitik, ohne sich um die dafür zuständigen Verfassungsorgane zu kümmern und sich mit ihnen politisch abzustimmen. Ausdruck des „Persönlichen Regiments“ Kaiser Wilhelm II sind seine teilweise unbesonnen und als peinlich empfunden Reden, mit denen er Öffentlichkeit, Regierung und Politiker in Verlegenheit setzt und die zeitweilig zu erheblichen diplomatischen Krisen führen:

- „Für mich ist jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind“ (14.5.1889)
- „Einer nur ist Herr im Reich; keinen anderen dulde ich“ (4.5.1891)
- „Zu Großem sind wir noch bestimmt, und herrlichen Tagen führe ich Euch noch entgegen“ (24.2.1894)
- „Der Dreizack gehört in unsere Faust“ (Als Attribut des Neptun Symbol der Seeherrschaft) (18.6.1897)
- „Eine Kunst, die sich über die von Mir bezeichneten Gesetze und Schranken hinwegsetzt, ist keine Kunst mehr“ (18.12.1901)
- „Diejenigen, welche Mir behilflich sein wollen, sind Mir von Herzen willkommen, wer sie auch seien; diejenigen jedoch, welche sich Mir bei dieser Arbeit entgegenstellen, zerschmettere Ich“ (5.3.1890)

Eine andere Form des „persönlichen Regiments“ neben den verbalen Exzessen ist der eigenmächtige Eingriff des Kaisers in politische Abläufe, so geschehen bei der Krüger-Depeche von 1896 und der Sozialpolitik. Daneben plante Kaiser Wilhelm II. mehr als einmal, durch Staatsstreich⁹ die Verfassung zu ändern, um den missliebigen Reichstag seiner Politik gefügig zu machen. Sowohl Reichskanzler Leo von Caprivi zu Hohenlohe-Schillingsfürst wehrten sich ab 1894 bzw. 1895 energisch gegen solche kaiserlichen Vorhaben.

Herero-Aufstand blutig beendet

⁸ konstitutionell verfassungsmäßig

⁹ Staatsstreich gewaltsamer Umsturz der Regierung eines Regierungsmitgliedes

August 1904. Mit einer zweitägigen Schlacht am Waterberg endet der seit Januar dauernde Aufstand der Hereros in Deutsch-Südwestafrika. Der Aufstand der Hereros – ein Stamm Eingeborener, die Viehzucht betreiben – hatte sich bereits vor mehreren Jahren abgezeichnet. Seit der Kolonialisierung breiteten sich die weißen Farmer immer weiter aus und verdrängten die Hereros von ihren Weiden und vor allem von den wenigen Wasserstellen. In dem extrem trockenen Südwestafrika, wo mehrere Monate im Jahr kein Regen fällt, bedeutet diese Praxis Entzug der Existenzgrundlage. Dazu kam, dass 1897 fast der gesamte Viehbestand der Hereros einer Rinderpestepidemie zum Opfer fiel. Die Hereros, die teilweise schwer unter der Willkür einzelner weißer Siedler zu leiden hatten, baten den Gouverneur Theodor Leutwein, kein Land mehr an Kolonisten zu verkaufen und ein Hereroservat zu errichten. Das geschah nicht. So kam es im Oktober 1903 im Süden der Kolonie zu einem Aufstand der Bondelzwart-Hottentotten, die Warmbad belagerten. Der Aufstand wurde nach wenigen Wochen niedergeschlagen, jedoch erhoben sich am 12. Januar 1904 in Okahandja die Hereros unter der Führung des Häuptlings Samuel Maherero. Der Aufstand erfasste innerhalb weniger Tage das gesamte Hererogebiet. Die Hereros belagerten alle befestigten Orte, unterbrachen Bahn- und Telegrafverbindungen, überfielen Farmen und lieferten sich blutige Kämpfe mit den Weißen. Im Lauf mehrerer Monate gelang es den Schutztruppen, den Aufstand unter Kontrolle zu bringen. Leutwein wollte den Krieg durch Verhandlungen beenden. Doch der Oberbefehlshaber, Generalleutnant Lothar von Trotha, hielt an einer militärischen Lösung fest, die den endgültigen Untergang des Stammes bedeuten sollte. Nach der vernichtenden Schlacht am Waterberg werden die Reste der Hereros in die wasserlose Buschlandschaft Omaheke getrieben. Im Generalstabsbericht heißt es: „Keine Mühen, kein Entbehren wurden gescheut, um den Feind den letzten Rest seiner Widerstandskraft zu rauben; wie ein halb zu Tode gehetztes Wild war er von Wasserstelle zu Wasserstelle gescheucht, bis er schließlich willenlos ein Opfer der Natur seines eigenen Landes wurde. Die wasserlose Omaheke sollte vollenden, was die deutschen Waffen begonnen hatten: die Vernichtung des Hererovolkes...“

Großbritannien droht mit Krieg

24. August 1904. Großbritannien droht dem Deutschen Reich mit Krieg, falls die deutschen Waffenlieferungen und Kohletransporte für das auf dem Weg nach Ostasien befindliche russische Ostseegeschwader nicht eingestellt werde. Als am 21. und 22. Oktober russische Kriegsschiffe bei der Doggerbank versehentlich englische Kutter beschießen, wirft Großbritannien dem Deutschen Reich Mithilfe bei dieser Aktion der Russen vor. Die deutsche Außenpolitik des Jahres 1904 steht im Zeichen von Verschiebungen im europäischen Bündnissystem, die eine Bedrohung für das in der Mitte Europas gelegene Deutsche Reich darstellen und die Beziehungen zu Großbritannien gefährlich belasten. Das Deutsche Reich hatte am 28. Juli einen Handelsvertrag mit Russland abgeschlossen, bei dem die Russen allerdings hohe Zolltarife in Kauf nehmen mussten – von einer Annäherung zwischen Russland und dem Deutschen Reich kann dennoch keine Rede sein. Der Konflikt zwischen Walfisch und Bär (Großbritannien und Russland) – eine Konstante in der europäischen Politik um die Jahrhundertwende – hatte sich durch den russisch-japanischen Krieg, der im Februar 1904 ausgebrochen war, bedrohlich zugespitzt: Zwischen Großbritannien und Japan bestand seit 1902 ein Bündnis, das den beiden Vertragspartnern Neutralität zusicherte, falls einer von ihnen in einen Krieg mit einer dritten Macht verwickelt würde. Dadurch verschärfte sich der russisch-britische Gegensatz, weil in Ostasien russische und japanische Interessen kollidierten. Das Deutsche Reich, das bis zum Jahre 1901 Bündnisgespräche mit Großbritannien führte, musste im Jahre 1904 endgültig von der Vorstellung Abschied nehmen, dass die Briten Deutschland als Bündnispartner brauchen würden, denn das Britische

Empire schloss im April des Jahres einen Vertrag mit Frankreich, das bislang als Gegner der Briten galt. Diese „entente cordiale“ zwischen den beiden Kolonialmächten beinhaltet eine friedliche Abgrenzung der französischen und britischen Interessen in den außenpolitischen Gebieten.

Ziele der deutschen Außenpolitik

Die deutsche Außenpolitik wendet sich – im Rahmen des neuen Kurses, wie ihn seit 1890 Kaiser Wilhelm II. vertritt – der Weltmachtspolitik zu. Ihre Leitung liegt nicht mehr allein in der Hand des Reichskanzlers, sondern richtet sich nach den Vorstellungen des Kaisers, die oft genug nicht mit denen des Kanzlers bzw. der hohen Beamten im Auswärtigen Amt abgestimmt sind. Die Ziele der deutschen Außenpolitik lassen sich folgendermaßen beschreiben:

- Deutschland soll zur Weltmacht erhoben werden
- Ein umfangreiches Flottenbauprogramm soll den außenpolitischen Ambitionen Nachdruck verleihen
- Eine Einkreisung Deutschlands soll verhindert werden: Stabilisierung des Dreibundes, Annäherung an Großbritannien, Anbindung Russlands und Hinderung Frankreichs an Revanche

Krise um Marokko verschärft sich

31. März. 1905

Kaiser Wilhelm II. stattete anlässlich einer Mittelmeerreise in Tanger dem Sultan von Marokko Abd al-Aziz einen Besuch ab, um gegen das Vordringen Frankreichs in Marokko zu protestieren. Um seine Interessen in Marokko wahrzunehmen, hatte Frankreich sich durch Bündnisse mit Italien (1902) und Großbritannien (1904) Rückendeckung verschafft. Ergebnis dieser Abkommen war die Anerkennung des Status quo¹⁰ im Mittelmeer durch Frankreich, das keine Ansprüche auf das zum britischen Interessengebiet gehörige Ägypten erhob, dafür aber Marokko – bei Berücksichtigung der Belange Spaniens – seiner Interessensphäre zurechnen durfte. Das britisch-französisch-spanische Vorgehen in Marokko lief dem internationalen Madrider Abkommen über Marokko von 1880 entgegen, nach dem auch Deutschland gleichberechtigt Handel mit Marokko treiben konnte. Obwohl das Deutsche Reich selbst an Marokko interessiert ist – seit 1890 besteht ein Handelsvertrag mit dem Sultan –, stand es der französisch-britischen Entente¹¹ zunächst wohlwollend gegenüber, weil sie Interessenausgleich zwischen Großbritannien und Frankreich und nicht als Provokation betrachtet wurde. Frankreich hatte jedoch in einem zusätzlichen Geheimabkommen von Großbritannien einen Freibrief erhalten, Marokko zu annektieren¹². Praktisch sollte ein Protektorat¹³ Frankreichs errichtet werden. Das aber gefährdete deutschen Handel und Besitz mit Marokko. Deutschland erhob Einspruch. Am 31. März 1904 landete Kaiser Wilhelm II. – von Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow zur Demonstration deutscher Stärke gedrängt – in Tanger, um der Welt zu zeigen, dass Deutschland in der marokkanischen Frage nicht beiseite steht. Doch mit scharfen Reden kann Wilhelm II. dort nicht aufhalten, was bereits seinen Lauf genommen hat. Der französische Außenminister Theophile Delcassé setzt vielmehr die aktive Marokko-Politik fort, auch auf die Gefahr eines Bruchs mit Deutschland

¹⁰ **Status quo** (lat.) derzeitiger Zustand

¹¹ **Entente** (fr.) Staatenbündnis (bes. vor 1914 gegen Deutschland)

¹² **annektieren** sich (Gebiete) aneignen

¹³ **Protektorat** (lat.) Schutzherrschaft, -gebiet

hin. Das Deutsche Reich verhält sich unnachgiebig und besteht auf einer internationalen Konferenz über Marokko, auf der Frankreich zur Aufgabe der Entente bewegt werden soll. Als die französische Regierung einer solchen Konferenz zustimmt, tritt Außenminister Delcassé am 6. Juni zurück. Die Entente droht zu scheitern. Am 7. April 1906 wird die Marokkokonferenz in Algeciras, an der Deutschland, Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Russland, Österreich-Ungarn, Italien, Spanien, Portugal, Belgien, die Niederlande und Schweden teilnehmen, durch die Unterzeichnung der Algeciras-Akte beendet. Die Gefahr eines europäischen Krieges ist gebannt. Die Konferenz war auf Betreiben Deutschlands und des marokkanischen Sultans Abd al-Aziz einberufen worden, um die Stellung Marokkos zu den europäischen Staaten zu klären. Den Vorsitz führte Spanien. Nach schleppenden Verhandlungen kam eine Übereinkunft aller beteiligten Staaten zustande. Deutschland muss durch die Geschlossenheit der Großmächte – nur Österreich-Ungarn steht auf seiner Seite – eine schwere diplomatische Niederlage hinnehmen und sieht sich weitgehend isoliert.

Hauptpunkte der Akte sind:

- Die Souveränität des Sultans von Marokko und die Integrität des Staates werden nicht angetastet
- Freiheit des Handels und Gleichberechtigung aller Mächte besteht
- Spanien und Frankreich organisieren in den Haupthäfen Marokkos eine Polizei
- Frankreich hat Vorrangstellung bei der Gründung einer marokkanischen Bank

Das Reich ist politisch isoliert

Am 14. November 1906 spricht Reichskanzler Bernhard von Bülow in einer Rede von einer planmäßigen Einkreisung Deutschlands durch die europäischen Großmächte Großbritannien, Frankreich und Russland. Dem Reichskanzler bereitet sie zunehmende außenpolitische Isolierung Deutschlands Sorge. Die Konferenz von Algeciras bewies deutlich genug, dass sich Deutschland im Ernstfall nur auf Österreich-Ungarn verlassen kann. Die außenpolitische Einkreisung zeichnet sich an vier Ereignissen ab:

- Der französisch-russische Zweibund von 1894 mit Spitze gegen Deutschland
- Die britisch-französische Entente von 1904
- Die britisch-französisch-belgische Generalstabsbesprechungen im Anschluss an die Algeciras-Konferenz
- Die britisch-russischen Gespräche über eine Beilegung ihrer Kolonialstreitigkeiten in Asien

Die Voraussetzungen der deutschen Außenpolitik seit 1890 erwiesen sich damit als falsch. Weder der britisch-russische noch der britisch-französische Gegensatz wegen der Konkurrenz in Kolonialfragen stellte sich, wie angenommen, als unüberbrückbar heraus, noch waren die russisch-französischen Differenzen so groß, dass sie einen Ausgleich verhindern konnten. Stattdessen glaubte man im Auswärtigen Amt eine Politik der freien Hand führen zu können. Großbritannien, Frankreich und Russland, so die Überschätzungen der eigenen Möglichkeiten, seien auf Bündnisse mit Deutschland angewiesen. Diese Fehleinschätzung trug zur außenpolitischen Selbstorientierung des Deutschen Reiches bei. Vor allem in den britisch-deutschen Bündnisgesprächen um die Jahrhundertwende verpasste die deutsche Diplomatie die Chance einer festen Verbindung mit Großbritannien. Gleichzeitig verprellte man die Briten durch die forcierte¹⁴ Flottenaufrüstung. Die deutsche Außenpolitik unter Kaiser Wilhelm II. betrachtete Weltpolitik als Aufgabe, Weltmacht als Ziel und Flottenbau als Instrument zur Durchsetzung dieses Ziels. Die Einschätzung des Reichskanzlers bedeutet das Eingeständnis einer verfehlten Außenpolitik.

¹⁴ **fociert** (fr.) erzwingen, steigern, übertreiben

Treue zu Österreich

29. März 1909. Vor dem Reichstag nimmt Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow zur bosnischen Krise Stellung und verwendet für das deutsch-österreichische Verhältnis den Begriff „Nibelungentreue“. Die Annexion Bosniens und der Herzegowina am 15. Oktober 1908 durch Österreich-Ungarn war ohne vorherige Konsultation¹⁵ des deutschen Verbündeten erfolgt. Dennoch entschloss sich Bülow zur Unterstützung der Donaumonarchie und begründet diesen Schritt in seiner Reichsrede:

„Uns klar und offen an die Seite von Österreich-Ungarn zu stellen, entsprach auch deshalb unserem Interesse, weil wir durch eine andere Haltung zu gefährlichen Versuchen ermuntert hätten, der Großmachtstellung von Österreich-Ungarn eine Schädigung zuzufügen. Eine diplomatische Niederlage unseres Bundesgenossen aber müsste notwendig ihre Rückwirkung auf unsere eigene Stellung in Europa ausüben. Sie würde das Schwergewicht verringern, das Deutschland und Österreich-Ungarn gemeinsam repräsentieren und das bei vielen internationalen Fragen gemeinsam in die Waagschale geworfen wird.“

Durch deutsche Vermittlungen konnte ein Krieg zwar vermieden werden, das Deutsche Reich gab dafür aber seine politische Entscheidungsfreiheit auf und band sich an die spannungsreiche Balkan-Politik Österreich-Ungarns. Bülow beschreibt diese Bindung sehr deutlich:

„Ich habe irgendwo ein höhnisches Wort gelesen über unsere Vasallenschaft¹⁶ gegenüber Österreich-Ungarn. Das Wort ist einfältig! Es gibt hier keinen Streit um den Vortritt, wie zwischen den beiden Königinnen im Nibelungenliede¹⁷; aber die Nibelungentreue wollen wir aus unserem Verhältnis zu Österreich-Ungarn nicht ausschalten, die wollen wir gegenseitig wahren.“

Frankreich besetzt Fez (Marokko)

4. November 1911. Das Marokko-Kongoabkommen zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich beendet die durch die Entsendung des deutschen Kanonenboots „Panther“ in den marokkanischen Hafen Agadir ausgelöste zweite Marokkokrise. Auch nach der Unterzeichnung der Algericas-Akte blieb die innere Lage Marokkos unsicher. Kaiser Wilhelm II., der davon überzeugt war, dass ohne einen Krieg mit Frankreich das Vordringen Frankreichs in Marokko nicht aufzuhalten sei, drängte auf eine Erledigung der elenden Marokkoaffäre.

Am 9. Februar 1909 schloss Deutschland mit Frankreich ein Abkommen, in dem das Deutsche Reich die politische Vorrangstellung Frankreichs in Marokko anerkannte; dafür akzeptierte Frankreich die wirtschaftliche Gleichstellung Deutschlands. Trotzdem sah sich das Deutsche Reich bei der Wahrnehmung seiner wirtschaftlichen Interessen bezüglich Marokkos durch Frankreich weiterhin behindert. Als Frankreich, durch innere Unruhen veranlasst, im Mai 1911 die marokkanische Stadt Fez besetzte, war ein neuer Höhepunkt in der Auseinandersetzung um Marokko erreicht. Der für die Außenpolitik verantwortliche Staatssekretär des Auswärtigen, Alfred von Kiderlen-Wächter, verlangte für einen künftigen Interessenverzicht Deutschlands auf Marokko von Frankreich das französische Kongogebiet. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, entsandte das Deutsche Reich am 1. Juli das Kanonenboot „Panther“ zum marokkanischen Hafen Agadir. Weil aber Frankreich die Abtretung des gesamten Kongogebietes ablehnt und Großbritannien Unterstützung erwarten

¹⁵ **Konsultation** Meinungs austausch

¹⁶ **Vasallen** Untergebener

¹⁷ **Nibelungenlied** deutscher Heldenepos

kann, kommt es zu folgendem Kompromiss: Deutsch-Kamerun wird im Süden und Osten erweitert; dafür stimmt das Deutsche Reich einem französischen Protektorat über Marokko zu.

Weiteres Wettrüsten

11. Februar 1912

Die Gespräche zwischen dem britischen Kriegsminister Richard Burdon Haldane und dem Reichskanzler Theobald Hollweg über ein Abkommen zur Beschränkung der Flottenrüstung gehen in Berlin ergebnislos zu Ende. Durch die Ankündigung einer deutschen Flottennovelle¹⁸ waren die deutsch-britischen Gespräche über ein Flottenabkommen, die 1909 begonnen hatten, durch die britischen Wahlen aber unterbrochen wurden, wieder in Gang zu kommen. Im Gegensatz zum Staatssekretär des Reichsmarineamts, Alfred von Tirpitz ist für Bethmann Hollweg die Verständigung mit Großbritannien der Leitgedanke seiner Außenpolitik. Die Reichsleitung bietet Großbritannien eine Verlangsamung des Baus von Großkampfschiffen an und fordert dafür die Zusicherung der britischen Neutralität im Falle eines Krieges, in den Deutschland verwickelt ist. Lord Haldane beansprucht stattdessen den Verzicht auf alle Neubauten, die nach dem Flottengesetz vom 12. Juni 1900 genehmigt wurden. Dieser Verzicht soll auch die Torpedo- und U-Boote betreffen. Außerdem ist Haldane nicht zu einer uneingeschränkten Neutralitätserklärung bereit, sondern bietet nur die Zusage an, dass Großbritannien sich nicht an einer aggressiven Politik gegen Deutschland beteiligt und jeden nicht herausgeforderten Angriff unterlässt. Der Widerstand von Kaiser und Marinechef verhindern den Verzicht auf den Neubau von Schiffen. Für Großbritannien ist die unumschränkte Neutralitätserklärung, die den Deutschen den Rücken für einen Krieg gegen Frankreich oder Russland freimachen würde, unannehmbar. Als Kompromiss wird von deutscher Seite ein Nichtangriffsabkommen und eine Verlangsamung des Flottenneubaus vorgeschlagen. Großbritannien lehnt diesen Vorschlag als geringe Gegenleistung ab. Die Verhandlungen sind gescheitert. Am 14. Mai 1912 beschließt der Reichstag mit der Flottennovelle eine Verstärkung der Kriegsmarine um 41 Schlachtschiffe und Kreuzer.

Die europäischen Bündnissysteme

Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges stehen die Mittelmächte Deutsches Reich, Österreich Ungarn, Italien sowie ihre Verbündeten Rumänien und das Osmanische Reich den Alliierten Mächten Frankreich, Großbritannien, Russland, Belgien, Serbien und Montenegro gegenüber. Ein kompliziertes und wechselvolles Bündnissystem führt seit 1873 zu dieser

Ausgangsposition:

1873: Drei-Kaiser-Abkommen des Deutschen Reichs mit Österreich-Ungarn und Russland; Verständigung im Fall eines Angriffs von anderer Seite.

1879: Zweibund zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn; Verpflichtung zu militärischer Hilfe bei einem Angriff Russlands und zu wohlwollender Neutralität bei einem Angriff einer anderen Macht.

1881: Geheimes Neutralitätsabkommen zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Russland; wohlwollende Neutralität bei einem Angriff eines anderen Staates.

1882: Dreibund; Anschluss Italiens an den Zweibund; militärische Unterstützung im Fall eines französischen Angriffs auf das Deutsche Reich oder Italien.

1883: Rumänien tritt dem Dreibund bei.

¹⁸ Novelle Nachtragsgesetz

1887: Rückversicherungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Russland; Neutralität für den Kriegsfall, Ausnahmen: Russische Angriff auf Österreich-Ungarn, deutscher auf Frankreich; Anerkennung des russischen Interesses am Zugang zum Mittelmeer.

Mittelmeerabkommen zwischen Großbritannien, Italien und Österreich-Ungarn; Schutz der Türkei bzw. des Status quo im Mittelmeerraum.

1890: Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrags zwischen Deutschland und Russland

1891: Abkommen zwischen Frankreich und Russland; Verständigung bei Kriegsgefahr.

1892: Französisch-russisches Militärbündnis; bei Angriff einer Dreibundmacht unter Beteiligung Deutschlands Verpflichtung des anderen Partners zum Kampf gegen Deutschland.

1894: Französisch-russischer Zweibund; Ausbau der russischen Industrie und Eisenbahn mit französischem Kapital.

1902: Einigung zwischen Frankreich und Italien in Kolonialfragen.

1904: Entente cordiale zwischen Großbritannien und Frankreich; Beilegung der Kolonialstreitigkeiten, allgemeines politisches Einvernehmen.

1907: Vertrag zwischen Großbritannien und Russland; Beendigung der Kolonialstreitigkeiten.

1908: Dreiverband: Bekräftigung der britischen und russischen Entente unter Hinzuziehung Frankreichs.

1909: Russisch-italienischer Geheimvertrag von Racconigi; Erhaltung des Status quo auf dem Balkan

1912: Britisch-französische Marnekonvention; gemeinsamer Flotteneinsatz im Kriegsfall im Kanal und im Mittelmeer.

Vereinbarung zum Schutz der französischen Nordseeküste durch Großbritannien im Fall eines Kriegsausbruchs.

Balkanbund zwischen Serbien, Bulgarien, Griechenland und Montenegro; Bündnis gegen Vorherrschaft der Türkei; Russland unterstützt Serbien.

Vierte Erneuerung des Dreibundvertrages (nach 1887, 1891, 1902) zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien.

Attentat auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger

Am 28. Juni 1914 wird der österreichisch-ungarische Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau, Herzogin Sophie von Hohenberg, in Sarajevo von dem serbischen Studenten Gavrilo Princip ermordet. Das Attentat von Sarajevo zerstört das politische Gleichgewicht in Europa und ist Anlass für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Wie ein Donnerschlag wirkt die Nachricht von der Ermordung des Thronfolgerpaares auf Europa. Erschüttert betet Papst Pius X. in Rom für die Opfer. Die Londoner Zeitung „Times“ berichtet: „Wir können nur sagen, dass wir alle in England uns vereinigen in dem gemeinsamen Gefühl des Kammers für die hinterbliebenen Leidtragenden und in dem Abscheu für den feigen Mord, der das Gewissen der Welt erschüttert hat. Hintergrund dieses Attentats ist die großserbische nationale Bewegung, die sich von Russland unterstützt weiß. Franz Ferdinand hatte die Notwendigkeit eines bundesstaatlichen Umbaus auf nationale Grundlagen gesehen und dabei auf die Unterstützung Bosniens, das 1908 der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie eingegliedert worden war, und der Südslawen gehofft. In Serbien aber strebt man seit 1913 ein großslawisches Reich unter Einschluss Bosniens und Kroatiens an; das hätte die Verdrängung Österreich-Ungarns vom Balkan bedeutet. Dem Attentat von Sarajevo waren schon mehrere Terroranschläge vorangegangen, die Österreich-Ungarn nun veranlassen, sich nicht mit der gerichtlichen Ahndung des Mordes zu begnügen, sondern die großserbische Bewegung auf eigenem Boden radikal zu bekämpfen. Entscheidend für sein weiteres Vorgehen ist jedoch die Reaktion des deutschen Bündnispartners. In einer folgenschweren

Fehleinschätzung der internationalen Lage ermuntert das Deutsche Reich Österreich-Ungarn zum Vorgehen gegen Serbien.

Deutschland riskiert den Krieg

Juli 1914

Nach dem Attentat von Sarajevo ist für Österreich-Ungarn ein Eingreifen in Serbien notwendig, wenn es seine Interessen auf dem Balkan durchsetzen will. Mit der Erklärung der unbedingten Bündnistreue stellt Kaiser Wilhelm II. den Österreichern eine „Blankoscheck“ aus obwohl er sich über den Ernst der Lage im klaren sein muss. In Berlin hofft man zwar, dass sich der Balkankonflikt lokal lösen ließe, ist jedoch trotz der europäischen Bündnissituation bereit, das Risiko der Eskalation zu europäischen Konflikt hinzunehmen. Dieses zwiespältige Krisenbewusstsein des Deutschen Reiches beruht vor allem auf der verstärkten innenpolitischen Krisenangst der staatstragenden Kräfte der Politik und Wirtschaft. Die Wahlerfolge der SPD, die 1913 einsetzende Wirtschaftsrezession und ein erheblicher Kapitalmangel haben die sozialen Spannungen verschärft. Die Balkankrise bietet nun die Möglichkeit, diese Spannungen nach außen abzuleiten. Militär und konservative Kräfte sind bereit, einen Krieg zu führen, da ihnen die militärische Situation für das Deutsche Reich günstig erscheint: Die russische Aufrüstung wird erst 1916/17 abgeschlossen; der deutsche Vorsprung gegenüber Frankreich gilt bis 1915 als gesichert. Nachdem sich alle europäischen Staaten auf den Krieg vorbereitet haben, versucht Berlin Ende Juli – in viel zu spät gekommener Einsicht – die Österreicher zum Einlenken zu bewegen, da eine Lokalisierung des Konflikts nun nicht mehr möglich scheint. Doch keine Nation hat einen so ernsthaften Willen zum Frieden, dass sie auf das eigene Prestige¹⁹ verzichten kann. Am 1. August 1914 ordnet Kaiser Wilhelm II schließlich die allgemeine Mobilmachung an. Über das Deutsche Reich wird der Kriegszustand verhängt. Die Kriegserklärung an Russland ergeht noch in der selben Stunde. Die Mobilmachungsanordnungen werden Städten und Gemeinden verlesen und über Sonderausgaben der Zeitungen der Bevölkerung mitgeteilt. Die Kriegsbegeisterung kennt, wie auch in den anderen europäischen Staaten, keine Grenzen. Die Verkündung der Mobilmachung wirkt geradezu erlösend. Die Ungewissheit, ob die Julikrise zum allgemeinen Krieg führen wird oder nicht, weicht der Gewissheit: Es gibt Krieg. Die vor dem Berliner Schloss wartende Menschenmenge stimmt, als sie die Nachricht hört, spontan den Choral „Nun danket alle Gott“ an. Die Kriegserklärung Deutschlands an die Entente-Mächte erfolgt in den nächsten Tagen und Stunden, nachdem die deutschen Ultimaten an Russland, zu demobilisieren und an Frankreich, neutral zu bleiben, abgelehnt worden sind. Die Bündnisverpflichtungen für den Ernstfall treten nunmehr in Kraft. Der Jubel und die Begeisterung in der deutschen Bevölkerung sind groß. Alle sind für den Krieg, jeder will dabei sein. Mahnende Stimmen verhallen ungehört im aufwallenden Patriotismus²⁰. Keiner will zurückstehen in seinem vaterländischen Pflichtgefühl. Wer zurückbleibt, gilt als Verräter und Feigling. Die Mobilmachung verläuft reibungslos. Zwei Millionen Menschen werden einberufen, melden sich freiwillig, werden bewaffnet und ausgerüstet und an die Front gebracht. Schulklassen ziehen geschlossen in den Krieg. Frauen und Mädchen jubeln blumenschwenkend den einrückenden Soldaten zu. Die Garnisonsstädte sind überfüllt. Feldgrau beherrscht das Straßenbild. Man spricht von einem Kurzen Krieg. In sechs bis acht Wochen sei man wieder zu Hause, heißt es. Stammtischstrategen erinnern sich den glorreichen Krieg Deutschland-Frankreich und feiern bereits den Sieg über den Erzfeind. Unterdessen herrscht bei der Reichsleitung in Berlin Nervosität und Hektik. In der Umgebung

¹⁹ **Prestige** Ansehen

²⁰ **Patriotismus** vaterländisch gesonnen

von Kaiser Wilhelm II. macht sich Ernüchterung breit angesichts der Realität eines Zweifrontenkrieges. Es kommt zu Spannungen mit den Militärs. Weder der deutsche Generalstab unter Helmut von Moltke noch die zivilen Spitzen haben ihre politischen und militärischen Absichten miteinander abgestimmt. Zwei Telegramme aus London, die die Neutralität Großbritanniens und Frankreichs in Aussicht stellen, lassen Kaiser Wilhelm II. den begonnen Westaufmarsch der Truppen stoppen. Moltke protestiert energisch. Er übernehme keine Verantwortung für die Kriegsführung, wenn der Aufmarsch nicht fortgesetzt werde. „Jetzt fehlt nur noch“, bemerkt er, „dass Russland abschnappt“. Der Aufmarsch wird aus „technischen Gründen“ fortgesetzt. Der Schlieffenplan verlangt den schnellen Krieg gegen Frankreich und den völkerrechtswidrigen Durchmarsch durch Belgien. Kenner der deutschen diplomatischen Szene gehen davon aus, dass in diesen spannungsreichen Tagen die Militärs die politischen Entscheidungen fällen. Am 4. August erklärt Kaiser Wilhelm II. vor dem Reichstag: „Uns treibt nicht die Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den uns Gott gestellt hat... Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche!“

Deutsche Truppen in Belgien

4. August 1914

Deutsche Truppen marschieren in Belgien ein und verletzen die Neutralität des Landes. Großbritannien – eine der Garantie – muss sich für den Krieg entscheiden. Am 3. August hat Deutschland Frankreich den Krieg erklärt, denn der von dem ehemaligen Generalstabschef Alfred von Schlieffen 1905 entworfene Kriegsplan sieht zunächst eine Offensive im Westen vor. Um durch die Befestigungen an Frankreichs Ostgrenze nicht aufgehalten zu werden, plant die deutsche Regierung, durch Belgien in die nordfranzösische Ebene einzudringen. Am 2. August forderte Deutschland deshalb ultimativ von Belgien freies Durchzugsrecht. Als Belgien am Morgen des 4. Augusts das deutsche Begehren ablehnte, haben deutsche Truppen bereits die Grenze passiert. So kommt auch das britische Ultimatum vom selben Tag, das die Achtung der belgischen Neutralität fordert, einer Kriegserklärung gleich.

Russische Offensive gescheitert

23. – 31. August 1914

In der Schlacht bei Tannenberg schlägt die deutsche 8. Armee unter Generaloberst Paul von Hindenburg die 2. russische Armee vernichtend. Die 8. deutsche Armee hatte die Aufgabe, nicht nur Ostpreußen zu sichern, sondern auch – wenn möglich – die österreichische Offensive zu unterstützen. Vor allem hieß es, Zeit zu gewinnen, bis Verstärkung von der Westfront eintraf. Notfalls musste Preußen östlich der Weichsel aufgegeben werden. Zwei russische Armeen waren in Ostpreußen eingefallen: Im Norden war die russische Njemen-Armee gegen die ostpreußische Grenze aufmarschiert; südlich der masurischen Seenkette hatte sich die russische Narew-Armee gesammelt. Am 20. August kommt es bei Gumbinen zur Schlacht. Die 8. Armee muss ihren Angriff jedoch ergebnislos abbrechen, da mittlerweile die Narew-Armee weiter nach Westen vorstößt und ihren Rücken bedroht. Der Plan, die 8. Armee in den Schutz der Weichselfestung zurückzuziehen, wird fallen gelassen und eine Offensive im südlichen Ostpreußen vorbereitet. Generaloberst Helmuth von Moltke hält einen Wechsel im Armeeoberkommando für notwendig. Mit der Führung der 8. Armee wird der schon im Ruhestand lebende 67-jährige Generaloberst Paul von Hindenburg beauftragt. Zu seinem Stabschef ernennt er Generalmajor Erich Ludendorff. Am 23. August treffen beide Männer im Armeehauptquartier auf der Marienburg ein. Durch eine Umfassungsschlacht

gelingt es den neuen Führern, der russischen Armee eine vernichtende Niederlage zu bereiten: Die Narew-Armee, die sich im Vormarsch nach Westen befindet, stößt auf das XX. Armeekorps bei Tannenberg; im Norden und Osten wird sie durch das I. Reservekorps und XVII. Armeekorps zurückgeworfen, während von Süden her der Ring durch das mittels Eisenbahn herangeholte I. Armeekorps geschlossen wird. Bis zum 31. August 1914 wird der Raum um Hohenstein gekämpft. Die zahlenmäßig unterlegenen (153000 Deutsche gegen 191000 Russen) – aber taktisch überlegenen – deutschen Truppen erreichen bei Tannenberg einen entscheidenden Erfolg.

Marneschlacht bringt Niederlage

6. – 9. September 1914

Während der Schlacht an der Marne kommt die deutsche Westoffensive durch einen in Unkenntnis der Lage erteilten Rückzugsbefehl ins Stocken, und die Franzosen beenden den deutschen Vormarsch. Am 5. September 1914 hatte der französische Oberbefehlshaber der Nord- und Nordostfront, Joseph Joffre, den Befehl zum großen Gegenangriff auf der ganzen Front zwischen der Maas und Paris gegeben. Als am gleichen Tag die Einheiten von Generaloberst Alexander von Kluck mit der vorstoßenden 6. französischen Armee in Berührung kam, erhielt Kluck die fragwürdige Nachricht, britische Truppen seien in einer unübersehbar großen Zahl in Ostende gelandet; angeblich habe man auch russische Streitkräfte gesichtet. Anscheinend planten die Alliierten einen entscheidenden Schlag an der deutschen Verbindungslinie zwischen Front und Heimat. Tatsächlich waren am 27. August nur 3000 britische Marineinfanteristen gelandet, die jedoch schon am 31. August wieder eingeschifft worden waren. Kluck reagiert mit einer allgemeinen Schwenkung und kann so den Vorstoß der 6. französischen Armee erfolgreich aufhalten. Durch diese Schwenkung werden aber die 1. und 2. Armee auseinandergerissen, und die entstandene 40km breite Lücke kann sich das britische Expeditionskorps und die französische 5. Armee zunutze machen, um die deutsche Mitte zu durchstoßen. Noch in der Nacht zum 8. September erhält die französische Armee 6000 Mann Verstärkung. Am gleichen Tag gehen die Truppen von Generalfeldmarschall Karl von Bülow zum Gegenangriff über. Aber obwohl er den gegnerischen Truppen standhalten kann, erteilt die Oberste Heeresleitung in Überschätzung der Krise, die durch die Lücke zwischen den beiden Armeen entstanden ist, den Befehl zum Rückzug. Für die Franzosen beginnt „das Wunder an der Marne“: Nach der Zurücknahme des rechten Flügels veranlasst der Generalstab auch noch Rückwärtsbewegungen der 3., 4. und 5. Armee.

Krieg tobt an allen Fronten

Nach dem am 2. Mai begonnenen und den Sommer über anhaltenden Offensive im Osten haben die Mittelmächte Litauen, Kurland und Polen erobert und Galizien zurückgewonnen. Die Kampfhandlungen erstarren gegen Ende des Jahres zu einem Grabenkrieg, wobei die Frontlinie in fast gerader Linie von der unteren Düna bis zur Bukowina verläuft. Nach dem Eintritt des Osmanischen Reiches in den Krieg der Mittelmächte (Oktober 1914) war Russland von der Zufuhr von Munition und Waffen seitens der westlichen Verbündeten abgeschnitten: Die Zufahrt zur Ostsee war durch die deutsche Flotte, die zum Schwarzen Meer durch die Türken gesperrt. Die Mittelmächte verlagerten daher, weil die Alliierten dort zu dem Zeitpunkt am schwächsten schienen, die Kriegshandlungen nach Osten. Das „Kommando Oberost“, die gemeinsame Leitung der österreichischen und deutschen Armeen unter Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Generalquartiermeister Erich

Ludendorff, trug sich im Winter 1914/15 mit Plänen zu einer Vernichtungsoffensive im Osten, während sich Generalstabschef Erich von Falkenhayn, der an einer Kriegsentscheidung im Osten zu Recht zweifelte, mit dem Ziel, lediglich eine Schwächung der russischen Armee zur Entlastung der Gesamtkriegsführung zu erreichen, durchsetzte. Der Kriegsverlauf im Osten bringt keiner Seite durchschlagenden Erfolg: Im Februar führt die Niederlage der russischen Armee in der masurischen Winterschlacht dazu, dass sich die russischen Truppen, die im November 1914 bis auf deutsches Gebiet vorgedrungen waren, aus Ostpreußen zurückziehen müssen. Im März erobert die russische Armee die von österreichischen Truppen besetzte Festung Premysl in Galizien. Am 2. Mai übernimmt die deutsche Armee unter der Leitung Falkenhayns einen erfolgreichen Durchbruchangriff bei Tarnow Gorlice. Im Juni wird Galizien mit den Festungen Premysl und Lemberg wieder von den Truppen der Mittelmächte besetzt. Im Juli und August befindet sich die ganze Frontlinie in Bewegung, Litauen, Kurland, und Polen, werden von Truppen der Mittelmächte eingenommen. Im Herbst geht der Bewegungs- in einen Stellungskrieg über. Die Front verläuft von der Ostsee westlich von Riga über Dünaburg und Baranowitschi zur rumänischen Grenze bei Dubna. Die russische Armee, deren Unterlegenheit im Mangel an Waffen Munition gründet, ist durch die deutsch-österreichische Offensive geschwächt – sie verliert insgesamt 2,2 Millionen Soldaten; eine Kriegsentscheidung hat es jedoch nicht gegeben.

Die Fronten im Westen sind im Stellungskrieg erstarrt. Darum verlagert sich der Schwerpunkt des Krieges nach Osten. Durch einen Teilangriff bei Ypern (Flandern) versucht Generalstabschef Erich von Falkenhayn, von den Vorgängen im Osten abzulenken. Im Herbst greifen Briten und Franzosen im Artois und in der Champagne erfolglos an. Das erste Kriegsjahr hat keine militärische Entscheidung gebracht. Das deutsche Feldheer hat Verluste von 840000 Mann, davon 150000 Gefallene, hinnehmen müssen. Die Franzosen, Engländer und Russen haben größere Verluste zu beklagen. Weil die Westfront gefestigt scheint, setzt Falkenhayn die Heeresreserven im Osten ein. Als Ablenkungsmanöver wird am 22. April bei Ypern ein Angriff durchgeführt, bei dem zum ersten Mal chemischer Kampfstoff – das hochwertige Chlorgas – eingesetzt wird. Bei günstigem Wind öffnen die Deutschen in den vordersten Schützengräben die Giftfässer. Schnell zieht gelber Rauch in Richtung auf die französischen Stellungen. Die Wirkungen sind entsetzlich. Viele französische Soldaten sterben sofort, andere werden schwarz im Gesicht und sterben dann. Die Gegend ist verseucht. Der Gasangriff wird auf einem rund sechs Kilometer langen Frontabschnitt durchgeführt. Nach dem Ausströmen des Gases rücken die deutschen Soldaten zum Angriff vor. Zwar stoßen sie nicht auf Widerstand, sie sind aber auch nicht stark genug, um einen entscheidenden Vorstoß zu wagen, sondern müssen sich mit geringen Landgewinnen zufrieden geben. Allerdings hat sich bei Ypern die ungeheure Wirkung der chemischen Waffen gezeigt. Von Mitte Mai bis Juni greifen die Truppen der Entente zwischen Arras und La Bassée an, um die Front zu durchstoßen. Die Schlachten um Loretohöhe bleiben erfolglos. Im Herbst werden die Deutschen auf dem Frontabschnitt in der Champagne und im Artois angegriffen. Vom 22. September bis 14. Oktober versuchen britische und französische Truppen mit ungeheurem Materialeinsatz und unter Verwendung von Giftgas, die Front zu durchbrechen. Der Angriff kann aber von den Deutschen Abgewehrt werden. Ende 1915 muss Deutschland 500000 Gefallene und über eine Million Verwundete allein im Feldheer beklagen, ohne dass eine Entscheidung gefallen wäre. Ebenso wie zu Beginn des Jahres verläuft die Westfront von der Nordsee zwischen Dünkirchen und Ostende über Arras, Soissons und Reims bis nach Verdun und zur deutsch-schweizerischen Grenze. Durch den Angriff der Mittelmächte auf Serbien, der am 7. Oktober beginnt und vom 15. Oktober an durch Bulgarien unterstützt wird, entsteht eine dritte Front auf dem Balkan. Das Eintreten Bulgariens in den Krieg in auf der Seite der Mittelmächte war durch traditionelle Rivalität mit dem Osmanischen Reich und Interessenskonflikte mit der Donaumonarchie auf dem Balkan erschwert. In einem Geheimvertrag werden Bulgarien daher von den

Mittelmächten Gebietsgewinne sowohl in Serbien als auch Griechenland in Aussicht gestellt. Durch den Kriegseintritt Bulgariens wird die Auseinandersetzung an der Balkanfront zugunsten der Mittelmächte entschieden. Die französisch-britische Orientarmee wird von bulgarischen Truppen zurückgeschlagen, Reste der serbischen Armee, die von österreichischen, deutschen und bulgarischen Angriffen überrannt wurde, erreichen nach einem Gebirgsmarsch die Adria. Von dort werden sie von alliierten Schiffen zur Neuaufstellung auf die griechische Insel Korfu gebracht. Durch diese Erfolge haben die Mittelmächte – wie erhofft – den Landweg zu ihrem wichtigen Verbündeten am Schwarzen Meer, dem Osmanischen Reich, gewonnen.

Italiener wechseln die Front

3. Mai / 23 Mai 1915

Das Königreich Italien tritt mit sofortiger Wirkung aus dem 1882 mit Deutschland und Österreich-Ungarn geschlossenen Dreibund aus und erklärt der Habsburger Doppelmonarchie zwei Wochen darauf den Krieg. Italien gibt seine zu Kriegsbeginn verkündete Neutralität auf und schließt sich den Entente-Mächten an. Eine Kriegserklärung an das Deutsche Reich wird vorerst nicht ausgesprochen. Ministerpräsident Antonio Salandra begründet den Kriegseintritt seines Landes mit dem „sacro egoismo“ (heiliger Egoismus) der italienischen Politik. Das Bündnis mit Großbritannien und Frankreich verspreche mehr politischen Nutzen für Italien als die Aufrechterhaltung des Dreibundes. Die italienische Regierung entspricht mit dieser Entscheidung auch der zunehmenden Kriegsstimmungen im eigenen Land, die u.a. von Benito Mussolini geschürt wird. Der Kriegseintritt Italiens beschert den Mittelmächten eine zusätzliche Front am Isonzo. Die italienische Entscheidung erfolgt zu einem Zeitpunkt, als sich Österreich-Ungarn in Verhandlungen mit Italien bereit erklärt hat, dessen Gebietsforderungen in Nordostitalien zufriedenzustellen. Doch die Entscheidung in Wien fiel zu spät, die Entente-Mächte waren schneller. Im Londoner Protokoll vom 26. April versprachen die Alliierten den Italienern folgende Gebietsgewinne, ohne selbst darüber zu verfügen:

- Tirol bis zum Brenner
- Istrien mit der Stadt Triest sowie Görz
- Teile der dalmatischen Küste; die Insel Rhodos und den Dodekanes
- Verwaltung von Kolonialgebieten der Mittelmächte
- Frei Hand für Italien in Albanien

Diese in Aussicht gestellten Zugewinne entsprachen den italienischen Vorstellungen von einer politisch dominierenden Mittelmeermacht. Die deutsche Reichsleitung konnte sich mit ihrer Einstellung, die italienische Neutralität alle Fälle aufrechtzuerhalten, nicht durchsetzen. Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg war sogar bereit, den Österreichern als Gebietsausgleich das polnische Kohlenrevier von Sosnovice und, falls notwendig, Grenzgebiete Schlesiens zu überlassen. Als Ausgleich für den aufgelösten Dreibund schließen die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn mit Bulgarien am 6. September eine Militärkonvention.

Friedensvorschlag abgelehnt

Am 12. Dezember 1916 wird in Berlin ein Friedensangebot der Mittelmächte an die Entente vorgelegt, in dem einerseits die militärische Stärke des Deutschen Reichs und seiner Verbündeten betont, andererseits vorgeschlagen wird, über ein Ende des Krieges zu verhandeln. Das Friedensangebot nennt keine konkreten Bedingungen, die Verhandlungen

sollen jedoch darauf gerichtet sein „Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu fördern“. Im Schlussabsatz wird betont, dass bei Fortsetzung des Krieges die Mittelmächte entschlossen seien diesen siegreich zu beenden. „Sie lehnen aber feierlich jede Verantwortung dafür vor der Menschheit und der Geschichte ab.“ Die Deutschen haben nach ihrer Schwächung in der Schlacht bei Verdun durch die Besetzung Bukarests am 6. Dezember wieder an militärischem Gewicht gewonnen, die innenpolitische Lage wird jedoch immer schwieriger. Die Bevölkerung beklagt sich die schlechte Ernährungslage, in der Rüstungsindustrie kommt es zu ersten Streiks. Immer häufiger wird die Beendigung des Krieges gefordert. Die Mächte der Entente weisen das Friedensangebot mit der Begründung zurück, es enthalte keine konkreten Bedingungen und entspräche nur momentan militärischen Erfolgen der Mittelmächte. Diese wollten die Situation ausnutzen, um einen Frieden zu diktieren, obwohl, sich zeige, dass sie ihre Kriegsziele nicht erreichten.

Friedensangebot vom 12. Dezember 1916:

„Der furchtbarste Krieg, den die Geschichte je gesehen hat, wütet seit bald 2½ Jahren in einem großen Teil der Welt. Die Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht halten können, bringt die Menschheit um ihre wertvollsten Errungenschaften...

Deutschland und seine Verbündeten Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, haben in diesem Kampf ihrer unüberwindlichen Kraft erwiesen. Sie haben über ihre Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge errungen...

Getragen von dem Bewusstsein ihrer militärischen und politischen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen, gleichfalls aber von dem Wunsche beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten...“

Vereinigte Staaten treten in den Krieg ein

6. April 1917

Mit der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an das Deutsche Reich weiten sich die europäischen Auseinandersetzungen zum Weltkrieg aus. Die USA hatten sich seit Ausbruch des Krieges offiziell neutral verhalten, sie unterstützten jedoch die Entente-Mächte – vor allem das befreundete Großbritannien – durch Gewährung von Anleihen und durch Waffenlieferungen. Dennoch war die amerikanische Regierung zu einem Kriegseintritt auf Seiten der Entente zunächst nicht bereit. Präsident Thomas Woodrow Wilson richtete im Verlauf des Jahres 1916 mehrere Friedensappelle an beide Parteien und schlug eine internationale Friedenskonferenz unter Beteiligung der USA vor. Nach der Wiederwahl zum Präsidenten (7.11.1916) nahm Wilson die Vermittlungsbemühungen wieder auf. Am 20. Dezember 1916 forderte er die Kriegsmächte auf, ihre Kriegsziele zu nennen. Die Entente gab daraufhin ihre Kriegsziele bekannt, die deutsche Regierung verhielt sich zunächst abwartend und erklärte sich lediglich dazu bereit, den Vorstellungen Wilsons von der Errichtung eines Völkerbundes nach Kriegsende entgegenzukommen. Die Kriegsziele, die das Deutsche Reich den USA schließlich mitteilte, unterscheiden sich nicht so wesentlich von den der Entente, als dass eine Einigung auf einer Friedenskonferenz zwischen den beiden Parteien nicht im Bereich des Möglichen gelegen hätte.

Deutsche Kriegsziele und -pläne:

- Erwerb/Eroberung von Litauen, Kurland, Teile von Livland und Estland einschließlich der Inseln vor dem Rigaer Meerbusen.
- Weil damit gerechnet wird, dass Russland unter der Revolution zugrunde geht:
 - Österreich soll Ostgalizien an Russland abtreten
 - Österreich erhält Serbien, Montenegro, Albanien und die Westwalachei

- Deutschland will Bulgarien kontrollieren um Anschluss an das Osmanische Reich zu erhalten
- Belgien soll ein deutsche Vasallenstaat werden
- Die flandrische Küste, Brügge, Lüttich und Trongerren sollen an Deutschland abgetreten werden
- Luxemburg soll ein Deutsches Bundesland werden
- Kleine französische Gebiete sollen annektiert werden
- Der U-Boot-Krieg soll im Waffenstillstandfall weiter geführt werden
-

Im Gegensatz zu diesem vorsichtigen Entgegenkommen steht jedoch die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, die das Deutsche Reich ebenfalls erklärt. Sie muss die Kriegseintritt der USA und den Abbruch aller Vermittlungsbemühungen unausweichlich zur Folge haben. Dieser Widerspruch ist durch Differenzen innerhalb der politische und militärischen Führung des Deutschen Reiches zu erklären. Die im August 1916 eingesetzte Oberste Heeresleitung befürwortet von Anfang an die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, da sie sich von dieser Verschärfung des Krieges eine Entscheidung zugunsten der Mittelmächte erhoffte. Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg fürchtete dagegen die fatalen Konsequenzen einer Beteiligung der USA am Krieg gegen Deutschland und versuchte bis zuletzt, diesen Schritt hinauszuzögern. Die USA reagieren mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und erklären schließlich am 6. April dem Deutschen Reich den Krieg. Der Kriegseintritt der USA auf der Seite der Entente, der mit einer Steigerung der US-Kredite an Großbritannien einhergeht, verbessert die Lage der Alliierten so entscheidend, dass sie nicht länger auf einen Verhandlungsfrieden hinarbeiten müssen. Von einem „Frieden ohne Sieg“ ist nun nicht mehr die Rede.

Das Friedensdiktat von Brest-Litowsk

3. März

Die Kapitulation der sowjetischen Truppen führt zum Friedensschluss von Brest-Litowsk. Kurland, Livland, Litauen, Estland und Polen werden von Russland abgetrennt und bleiben von Deutschland und Österreich-Ungarn besetzt. Außerdem erkennt Russland Finnland und die Ukraine als selbstständige Staaten an. Die armenischen Gebiete Ardhan, Kars, und Batum werden unter türkische Verwaltung gestellt. In einem Zusatzvertrag vom 27. August müssen sich die Russen zu Reparationszahlungen in Höhe von sechs Milliarden Goldmark verpflichten. Für Russland war der Verlust der Ukraine, Finnland, Estland, Livland, Kurland, Litauen und Kaukasien, die sich zwischen Dezember und Februar lösten, nicht annehmbar, so dass sowjetische Truppen in Finnland und in der Ukraine einmarschierten. Weil das Deutsche Reich die verschiedenen Unabhängigkeitsbestrebungen militärisch unterstützte, wurden die russischen Truppen zurückgeschlagen. Nachdem das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich mit der Ukraine einen Separatfrieden – Gegen Lieferung von Getreide wurde die Unabhängigkeit anerkannt – schlossen, brach Russland die Gespräche ab, woraufhin die Mittelmächte ihren Vormarsch wieder aufnahmen und die Sowjets zur Kapitulation zwangen.

Erste Friedensnote

Am 3. Oktober 1918 akzeptiert die Reichsregierung die von Wilson aufgestellten Forderungen, insbesondere der 14 Punkte seiner Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918, als Grundlage für die Friedensverhandlungen:

- Die Mittelmächte sollen alle Besetzten Gebiete Russlands, Belgiens, Frankreichs (inklusive Elseß-Lothringen), Serbiens, Rumäniens und Montegros zurückgeben
- Polen soll ein autonomer Staat werden
- Freiheit der Schifffahrt und der Handelsbeziehungen sollen gewährleistet sein
- Alle Nationen sollen abrüsten und Kolonialfragen unparteiisch klären
- Anstreben eines Völkerbundes zur Erhaltung des Friedens

Zudem wird Präsident zum Abschluss eines sofortigen Waffenstillstandes aufgefordert. Der Reichskanzler lehnt eine Kapitulation jedoch anfangs ab. Doch der Kaiser und das Auswärtige Amt, können ihn überzeugen, indem sie ihm die aussichtslose Situation an den Fronten vor Augen führen. Ein Zusammenbrechen der Fronten könnte unmittelbar bevorstehen.

In Deutschland wird die Republik ausgerufen

9. November 1918

Die Ausbreitung der Revolution im Deutsche Reich und die revolutionären Massenversammlungen und Demonstrationen in Berlin führen zur Abdankung des Kaisers und zur Ausrufung der Republik. Gegen 12:00 Uhr zwingt der Reichskanzler durch die Verkündigung der Abdankung des deutschen Kaisers zum Rücktritt. Gegen 13:00 Uhr ernannt der Reichskanzler den Führer der Mehrheitssozialdemokraten, Friedrich Ebert, zum neuen Reichskanzler und tritt selbst zurück. Gegen 15:00 ruft Philipp Schneidemann, Mitglied der Mehrheitssozialdemokraten, von einem Balkon des Reichstagsgebäudes die Deutsche Republik aus.

Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten

Am 11. November unterzeichnet Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen der alliierten Siegermächte.

Die Waffenstillstandsbedingungen der alliierten Siegermächte werden als Ultimatum vorgeschlagen. Der Vertrag, der für die Dauer von 36 Tagen geschlossen wird und danach verlängert werden muss, umfasst neben den militärischen Forderungen auch politische Bestimmungen. So wird der Friedensschluss mit Rumänien für ungültig erklärt und Deutschland muss die Goldbestände aus Russland, Rumänien und Belgien ausliefern. Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk wird annulliert, so dass Deutschland wieder mit Russland im Kriegszustand steht. Die Siegermächte verlangen zwar den Abzug der Truppen aus Russland, jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt, weil der Ausgang des russischen Bürgerkrieges noch nicht absehbar ist. Schwerwiegend wirkt sich das Weiterbestehen der Lebensmittelblockade, der Deutschland zustimmen muss, aus. Die wesentlichen Forderungen im einzelnen lauten:

- Räumung der besetzten Gebiete in Frankreich, Belgien und Luxemburg
- Räumung der linksrheinischen Gebiete und Besetzung von Brückenköpfen bei Mainz, Köln und Koblenz durch alliierte Truppen
- Übergabe von 5000 Kanonen, 25000 Maschinengewehren, 1700 Flugzeugen, 5000 Lokomotiven, 5000 Lastkraftwagen und 150000 Eisenbahnwagen
- Freilassung sämtlicher alliierter Kriegsgefangener; Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen erst nach dem Friedensschluss
- Rückzug aus den besetzten Ostgebieten nach Anweisung durch Alliierten
- Freier Zugang der alliierten Truppen zur Stadt Danzig und zur Weichsel
- Abrüstung der gesamten Hochseeflotte
- Weiterbestehen der Blockade deutsche Häfen, Unterbindung des Seehandels